

Newsletter: August 2026

Sudan

1. Schutz von Zivilpersonen

Nach Informationen des UN-Menschenrechtsbüros und internationaler Medien wurden bei einem mutmaßlichen Drohnenangriff auf eine traditionelle Gerichtssitzung in Ghara al Zawiya in Nord-Darfur mindestens 35 Menschen getötet und Dutzende verletzt. Internationale Medien schrieben den Angriff den sudanesischen Streitkräften (SAF) zu. Eine abschließende unabhängige Untersuchung der Verantwortlichkeit lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung jedoch nicht vor. Eine lokale Menschenrechtsgruppe forderte eine unabhängige Untersuchung; die SAF hatte den Vorwurf zunächst nicht öffentlich kommentiert. OCHA warnte zugleich, dass erneute Drohnenangriffe in und um El Obeid Zivilpersonen, kritische Infrastruktur und humanitäre Einsätze gefährdeten.

Die Angriffe auf El Obeid setzten sich im weiteren Verlauf des Monats fort. OCHA meldete am 12.08.2026 mehrere neue Wellen von Drohnenangriffen auf die Stadt. Innerhalb von etwa drei Wochen waren zugleich rund 15.000 vertriebene Familien nach El Obeid gekommen, wodurch Vertriebenenunterkünfte, Wasserversorgung und andere grundlegende Dienstleistungen zusätzlich belastet wurden.

Nach Angaben der sudanesischen Menschenrechtsgruppe Emergency Lawyers wurden am 27.08.2026 bei zwei Drohnenangriffen in Sowdari, Nord-Kordofan, mindestens acht Zivilpersonen getötet und Dutzende verletzt. Der erste Angriff traf demnach eine Gruppe Reisender. Als weitere Menschen den Verletzten zu Hilfe kamen, soll eine zweite Drohne angegriffen haben. Emergency Lawyers forderte eine unabhängige Untersuchung; die verantwortliche Konfliktpartei wurde in der vorliegenden Meldung nicht abschließend festgestellt.

Nach Angaben des Sudan Doctors Network, über die Al Jazeera am 26.08.2026 berichtete, wurden bei Angriffen in Al-Qardoud und Abu Hamama in Süd-Kordofan mindestens 27 Menschen getötet, darunter vier Kinder. Weitere Menschen, darunter Frauen, seien verletzt worden. Das Netzwerk schrieb die Angriffe Kräften der mit der RSF verbündeten SPLM-N zu.

<https://news.un.org/en/story/2026/08/1168068>

<https://www.bbc.com/news/articles/ce85097leydo>

<https://www.france24.com/en/africa/20260803-sudan-darfur-drone-army-kill>

<https://news.un.org/en/story/2026/08/1168126>

<https://www.reuters.com/world/africa/rsf-renews-assault-sudans-al-obeid-drones-strike-capital-witnesses-say-2026-08-12/>

<https://www.aljazeera.com/news/2026/8/26/dozens-killed-in-rebel-attacks-on-sudans-kordofan-medical-group-says>

<https://apnews.com/article/sudan-north-korodfan-drone-strikes-civilians-killed-51bbdafbbc96601c085aec8c7b951870>

<https://abcnews.com/International/wireStory/drone-strikes-kill-8-civilians-sudans-north-kordofan-136026030>

2. Vertreibung und Angriffe auf Infrastruktur

IOM berichtete im August, dass die eskalierenden Kämpfe seit Ende 2025 mehr als 200.000 Menschen in der Kordofan-Region neu vertrieben hätten. Im Bezirk Sheikan, zu dem El Obeid gehört, sei die Zahl der Vertriebenen innerhalb von acht Monaten um rund 25 Prozent gestiegen.

Drohnenangriffe auf den Haupttransformator von El Obeid beeinträchtigten die Stromversorgung, die für Wasserpumpen, Krankenhäuser und Kommunikationssysteme benötigt wird. In Blue Nile waren laut IOM etwa 7.800 Menschen vertrieben worden, während in West-Darfur in der ersten Augushälfte rund 18.000 weitere Menschen ihre Heimatorte verlassen mussten.

Nach Angaben lokaler Behörden wurden bei Kämpfen in Um Arada, südwestlich von El Obeid, mehr als ein Dutzend Zivilpersonen getötet und weitere verletzt. IOM meldete, dass am 14. und 15.08.2026 mehr als 4.200 Menschen aus dem Ort und seiner Umgebung vertrieben wurden. Die zunehmende Gewalt zwang humanitäre Organisationen außerdem, ihre Arbeit und Gesundheitsversorgung in Al Mazroub für mehr als zwei Wochen auszusetzen, obwohl der Ort von einem Cholera-Ausbruch betroffen war.

<https://www.aljazeera.com/news/2026/8/20/over-200000-people-newly-displaced-in-sudans-kordofan-as-fighting-rages>

<https://news.un.org/en/story/2026/08/1168165>

<https://www.iom.int/news/sudan-200000-newly-displaced-fighting-and-floods-intensify-closure-red-sea-and-strait-hormuz-threatens-critical-aid>

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/un-violence-continues-to-kill-displace-civilians-in-sudan>

3. Humanitäre Krise, Hunger, Wasser und Gesundheit

Bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 24.08.2026 warnten hochrangige UN-Vertreter*innen vor Tötungen, Entführungen, sexualisierter Gewalt, Hunger, Vertreibung und Überschwemmungen. Dabei verwiesen sie auf die IPC-Schätzung, nach der zwischen Februar und Mai 2026 fast 19,5 Millionen Menschen, rund 41 Prozent der Bevölkerung, von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen waren. Die UN verwies zudem auf Angriffe auf Krankenhäuser, die Rekrutierung von Kindern und Drohnenangriffe auf zivile Infrastruktur.

Nach Angaben von OCHA war der humanitäre Hilfsaufruf für den Sudan über knapp 3 Milliarden US-Dollar am 10.08.2026 nur zu etwas mehr als 40 Prozent finanziert; rund 1,2 Milliarden US-Dollar waren eingegangen. Aufgrund von Finanzierungslücken mussten in Zentral-Darfur drei Gesundheitseinrichtungen schließen. Dadurch hatten etwa 75.000 Vertriebene keinen ausreichenden Zugang mehr zu grundlegenden Gesundheitsleistungen.

Die Menschenrechtsgruppe Emergency Lawyers warnte vor einer wachsenden Wasserkrise in Darfur und Kordofan. Kriegsschäden, sinkende Niederschläge sowie die Beschädigung oder Zerstörung von Dämmen, Wasserreservoirs, Pumpstationen und Solaranlagen hätten den Zugang zu Wasser erheblich eingeschränkt. Auch Wassertransporte seien Berichten zufolge angegriffen oder behindert worden

<https://news.un.org/en/story/2026/08/1168188>

<https://www.ipcinfo.org/ipc-country-analysis/details-map/en/c/1163315/?iso3=SDN>

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/unsere-arbeit/aktuelles/sudan-5-fakten-ernaehrungskrise-hunger>

<https://news.un.org/en/story/2026/08/1168109>

<https://darfur24.com/en/2026/08/31/water-crisis-deepens-across-darfur-and-kordofan/>

4. Kinderrechte und Rekrutierung von Minderjährigen

Berichte von UN-Stellen, der EU-Asylagentur EUAA und Menschenrechtsorganisationen weisen auf die Rekrutierung und militärische Verwendung von Minderjährigen durch die RSF, die SAF und verbündete bewaffnete Gruppen hin. Kinder sollen unter anderem durch Entführungen, Gewalt, Drohungen und die Vorenthaltung von Nahrung oder medizinischer Versorgung rekrutiert werden. Hunger, Vertreibung und fehlende Grundversorgung erhöhen ihre Gefährdung zusätzlich.

Rekrutierte Kinder werden demnach nicht nur als Kämpfer eingesetzt, sondern auch an Kontrollpunkten, zum Transport von Munition, für Aufklärungs- und Überwachungsaufgaben sowie für Arbeiten in Militärlagern. Die EUAA verweist zudem auf Berichte, wonach die RSF Kinder als Informant*innen, Leibwächter*innen oder menschliche Schutzschilde sowie zum Aufzeichnen von Gewalttaten für soziale Medien eingesetzt habe.

<https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2026/08/kinder-fuer-den-krieg-im-sudan>

<https://apnews.com/article/sudan-war-child-soldiers-colombia-mercenaries-uae-rsf-9730de7a24a28895b2c2c500e7c1fd6b>

<https://www.euaa.europa.eu/country-guidance-sudan/32-individuals-fearing-forced-recruitment-rsf>

<https://www.euaa.europa.eu/country-guidance-sudan/3101-child-recruitment>

5. Hunger und lokale Überlebensstrategien

Angesichts von Belagerung, Beschuss und zusammengebrochenen Versorgungswegen greifen Familien in Dilling und anderen Orten Süd-Kordofans verstärkt auf kleine Hausgärten zurück. In den sogenannten Jubraka bauen sie nahe ihrer Häuser Okra, Kürbis, Sorghum, Erdnüsse und Blattgemüse an, da der Weg zu offenen Feldern zu gefährlich und das Lebensmittelangebot auf den Märkten stark eingeschränkt ist. Die Ernten stärken zugleich die lokale Solidarität, weil Lebensmittel zwischen Nachbar*innen geteilt werden. Eine Lösung für die Hungerkrise sind die Gärten jedoch nicht: Es fehlt an Wasser, Saatgut und Werkzeugen, während Vertreibung und Angriffe auch diese kleinen Anbauflächen gefährden.

Abgeordnete der Fraktion Die Linke verlangten in Bundestagsdrucksache 21/7583 Auskunft von der Bundesregierung über die Ergebnisse und Konsequenzen der Berliner Sudan-Konferenz vom 15.04.2026. Die Konferenzteilnehmenden hatten humanitäre Zusagen von insgesamt 1,53 Milliarden Euro angekündigt. Der Fragenkatalog betrifft unter anderem den Schutz von Ackerland, Viehbeständen, Lagerhäusern und Wassersystemen, die Aufhebung von Belagerungen, den Schutz der Erntezeit und die Beteiligung lokaler sowie frauengeführter Organisationen. Die Drucksache enthält noch keine Regierungsantwort und belegt daher keine neuen Maßnahmen der Bundesregierung.

<https://www.thenewhumanitarian.org/news-feature/2026/07/29/how-home-gardening-became-lifeline-sudans-besieged-towns>

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/075/2107583.pdf>

6. Kriegsökonomie und ausländische Unterstützung

Ausländische Waffenlieferungen, Drohnentechnologie und der Handel mit Gold tragen zur Fortsetzung des Kriegs im Sudan bei. Bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 24.08.2026 warnten mehrere Redner*innen, dass externe finanzielle und militärische Unterstützung den Konflikt verlängere und die regionale Verbreitung von Waffen fördere. Beide Kriegsparteien setzen aus dem Ausland stammende Drohnentechnologie ein; Angriffe trafen wiederholt zivile Gebiete und lebenswichtige Infrastruktur.

Amnesty International identifizierte chinesische Lenkbomben und Haubitzen, die nach Einschätzung der Organisation mit hoher Wahrscheinlichkeit von den Vereinigten Arabischen Emiraten an die RSF weitergegeben wurden. Die Emirate bestreiten eine militärische Unterstützung der RSF. Eine frühere Amnesty-Untersuchung dokumentierte außerdem Waffen und militärische Ausrüstung aus China, Russland, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten im Sudan.

Nach Einschätzung des Autors Peter Laskowski gewinnen islamistische Netzwerke aus dem Umfeld des früheren Bashir-Regimes innerhalb des SAF-Lagers erneut an Einfluss. In seinem Analysebeitrag bringt er diese Entwicklung mit der Wiederannäherung zwischen Sudan und Iran in Verbindung und warnt vor möglichen Folgen für die Sicherheit am Roten Meer und für regionale Akteure wie Ägypten. Zugleich macht der Autor deutlich,

dass mehrere Angaben zur konkreten iranischen Unterstützung und zu möglichen Hafeninteressen Teherans nicht unabhängig bestätigt sind.

Eine Untersuchung von Chatham House beschreibt den milliardenschweren Goldhandel als zentrale Einnahmequelle sowohl der SAF als auch der RSF. Ein großer Teil des sudanesischen Goldes gelange direkt oder über Nachbarstaaten in die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Einnahmen aus Produktion, Handel und Schmuggel ermöglichen bewaffneten Akteuren, Waffen zu beschaffen, Kämpfer*innen zu bezahlen und Machtstrukturen aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig verfestigen sich konkurrierende politische und administrative Strukturen. Reuters berichtete im August, dass die RSF weite Teile Darfurs kontrolliert und dort eine Parallelregierung aufbaut, während die SAF den Großteil des Ostens kontrolliert und die Legitimität der von ihr geführten staatlichen Institutionen stärken will. Dies erhöht das Risiko einer längerfristigen De-facto-Teilung, auch wenn die Frontlinien beweglich bleiben und keine formelle Teilung erfolgt ist.

<https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2026/08/sudan-zwischen-drohnen-gold-und-gottesstaat>

<https://www.amnesty.org/en/latest/research/2024/07/new-weapons-fuelling-the-sudan-conflict/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/05/sudan-advanced-chinese-weaponry-provided-by-uae-identified-in-breach-of-arms-embargo-new-investigation/>

<https://www.chathamhouse.org/2025/03/gold-and-war-sudan/summary>

<https://news.un.org/en/story/2026/08/1168188>

<https://www.reuters.com/world/africa/rsf-renews-assault-sudans-al-obeid-drones-strike-capital-witnesses-say-2026-08-12/>

7. Rechenschaftspflicht und internationale Untersuchungen

In einem gemeinsamen Brief vom 20.08.2026 forderten 68 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter ACJPS, Amnesty International, Human Rights Watch und das Committee to Protect Journalists, den UN-Menschenrechtsrat auf, das vollständige Mandat der unabhängigen internationalen Fact-Finding Mission für den Sudan um zwei Jahre zu verlängern. Die Mission solle ausreichende finanzielle, personelle und fachliche Ressourcen erhalten, um schwere

Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu untersuchen, Beweise zu sichern und mutmaßlich Verantwortliche zu identifizieren.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/1383/2026/en/>

<https://www.acjps.org/publications/sudan-extend-the-fact-finding-mission-s-mandate-and-ensure-adequate-resources-for-investigations-and-reporting>

<https://www.hrw.org/news/2026/08/21/sudan-extend-the-fact-finding-missions-mandate-and-ensure-adequate-resources-for>

<https://cpj.org/wp-content/uploads/2026/08/HRC63-Civil-society-letter-on-SUDAN-English.pdf>

Südsudan

1. Wahlen, politischer Raum und drohende Gräueltaten

Die UN-Menschenrechtskommission für Südsudan warnte am 20.08.2026, dass die geplanten ersten nationalen Wahlen seit der Unabhängigkeit ohne grundlegende politische, rechtliche, sicherheitspolitische und menschenrechtliche Schutzmechanismen bestehende Konflikte verschärfen und das Risiko neuer Gräueltaten erhöhen könnten. Die Kommission stellte nicht die Durchführung von Wahlen grundsätzlich infrage, sondern betonte, dass die Bevölkerung frei, sicher und ohne Angst an glaubwürdigen Wahlen teilnehmen können müsse. Zu den Risikofaktoren gehören erneut ausgebrochene bewaffnete Konflikte, die Abkehr von inklusiver Politik, Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums, geschwächte verfassungsrechtliche Schutzmechanismen und weitgehend fehlende Rechenschaftspflicht. Zwischen August 2025 und Januar 2026 wurden 407 Waffenstillstandsverletzungen dokumentiert. Nach Angaben der Kommission waren zudem 46,4 Prozent der Bestimmungen des Friedensabkommens von 2018 noch nicht umgesetzt, darunter wesentliche Teile der Sicherheitssektorreform. Auch Voraussetzungen wie Wählerregistrierung, politische Bildung, Sicherheitsvorkehrungen und eine Volkszählung waren laut Security Council Report noch nicht vollständig geschaffen.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/08/south-sudan-un-commission-warns-elections-without-essential-safeguards-and>

<https://news.un.org/en/story/2026/08/1168173>

<https://www.securitycouncilreport.org/monthly-forecast/2026-08/south-sudan-40.php>

2. Bewaffnete und interkommunale Gewalt

Bei interkommunaler Gewalt in Tonj North County im Bundesstaat Warrap wurden am 09.08.2026 mindestens 60 Menschen getötet. Lokale Behörden meldeten außerdem 50 Verletzte, während OCHA von Dutzenden Verletzten sprach. Radio Tamazuj berichtete unter Berufung auf die Informationsbehörde von Warrap, dass bewaffnete Männer aus dem benachbarten Mayom County in Unity State an den Kämpfen beteiligt gewesen sein sollen; Behörden aus Unity State waren zunächst nicht für eine Stellungnahme erreichbar. Ein Vertreter*innen der Zivilgesellschaft forderte den Einsatz gemeinsamer Sicherheitskräfte, unabhängige Ermittlungen und die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen. Ende August wurden nach Angaben lokaler Behörden zwei weitere Zivilpersonen am Rand von Jebel Boma im Greater Pibor Administrative Area getötet, als sie nachts von einem Markt nach Hause zurückkehrten. Die Täter entkamen und ihre Identität blieb ungeklärt. Anhaltende Gewalt in Greater Pibor und Teilen von Eastern Equatoria beeinträchtigte zudem eine wichtige Straßenverbindung zwischen Pibor und Juba.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/communal-clashes-leave-60-dead-and-50-wounded-in-tonj-north>

<https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-15-august-2026>

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/gunmen-kill-two-civilians-in-jebel-boma>

3. Schutz von Binnenvertriebenen

Nach der Festnahme eines spirituellen Anführers kam es am 19.08.2026 im Bentiu-Lager für Binnenvertriebene zu Spannungen und Gewalt zwischen Sicherheitskräften und Zivilpersonen. Nach den zum Zeitpunkt der UNMISS-Mitteilung vorliegenden, vorläufigen Angaben wurden etwa fünf Menschen getötet und 33 verletzt. UNMISS bezeichnete die Lage als fragil, verstärkte seine Patrouillen innerhalb und außerhalb des Lagers und nahm Gespräche mit Gemeindeleitungen, Behörden, Sicherheitsakteuren und Jugendvertreter*innen auf. Im Raum Sokare und Liwolo in Central Equatoria

hatten zugleich mehr als 35.000 Menschen nach Kämpfen im Grenzgebiet Schutz gesucht. Eine UNMISS-Patrouille benötigte wegen stark beschädigter und überfluteter Straßen drei Tage, um Sokare zu erreichen. Viele Familien waren ohne Nahrung, Kleidung, Schlafmaterialien oder Haushaltsgegenstände geflohen. Da die Kämpfe kurz vor der Ernte ausbrachen, verloren sie zugleich den Zugang zu ihren Feldern und damit zu einem wichtigen Teil ihrer Lebensgrundlage.

<https://unmiss.unmissions.org/en/press-releases/press-release-unmiss-strengthens-patrols-de-escalation-efforts-following>

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/battling-washed-out-roads-over-three-days-unmiss-peacekeepers-reach-displaced-families>

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/in-sokare-families-who-fled-the-fighting-seek-health-services-and-food-and-education>

4. Humanitärer Zugang und Sicherheit von UN- und Hilfspersonal

Bei einem Hinterhalt auf eine UNMISS-Patrouille auf dem Weg nach Pajut im Bundesstaat Jonglei wurden am 24.08.2026 zwei UN-Friedenssoldaten getötet. Drei weitere Friedenssoldaten, zwei südsudanesische Polizeikräfte und zwei zivile UNMISS-Beschäftigte wurden verletzt, insgesamt sieben Personen. UNMISS entsandte eine schnelle Eingreiftruppe, um das Gebiet zu sichern und die Notfallmaßnahmen zu unterstützen. Bei einer Gedenkveranstaltung am 28.08.2026 bestätigte die Mission, dass die beiden getöteten Friedenssoldaten aus Äthiopien stammten. Nach von Al Jazeera/AP wiedergegebenen UN-Zahlen wurden zwischen Januar und Juli 2026 mehr als 450 Angriffe auf humanitäre Helfer*innen und humanitäre Vermögenswerte registriert, mehr als doppelt so viele wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mindestens 36 humanitäre Helfer*innen und Auftragnehmer*innen wurden in diesem Zeitraum getötet.

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/unmiss-honours-fallen-peacekeepers>

<https://www.aljazeera.com/news/2026/8/24/ambush-in-south-sudan-kills-peacekeeping-troops>

5. Mutmaßliche grenzüberschreitende Entführung und Haft eines Whistleblowers

Der südsudanesisch-kenianische Whistleblower Athorbey Al-Gaddhaffy-Dit wurde nach Angaben seiner Familie nach fast zwei Monaten Haft in Juba freigelassen. Er soll Anfang Juni von bewaffneten, maskierten Männern am Stadtrand von Nairobi verschleppt und anschließend in den Südsudan gebracht worden sein. Nach seiner Freilassung kehrte er am 08.08.2026 nach Nairobi zurück und wurde medizinisch behandelt, weil sich sein Gesundheitszustand während der Haft verschlechtert hatte. Der kenianische Aktivist Boniface Mwangi erklärte, Al-Gaddhaffy-Dit habe zuvor Informationen über mutmaßliche Korruption auf hoher Ebene im Südsudan weitergegeben. Vertreter*innen Kenias und Südsudans hatten im Juni erklärt, nichts über sein Verschwinden zu wissen. Der südsudanesische Regierungssprecher reagierte zunächst nicht auf die Anfrage von Reuters. Da der Bericht zur Entführung und Haft wesentlich auf Angaben der Familie, einem Polizeibericht und Zeugenaussagen beruht, sollte weiterhin von einer mutmaßlichen grenzüberschreitenden Entführung gesprochen werden.

<https://www.reuters.com/world/africa/south-sudanese-whistleblower-released-after-nearly-two-months-detention-family-2026-08-10/>

6. Humanitäre Krise, Ernährung und Gesundheit

Finanzierungslücken gefährdeten im August lebensrettende Lebensmittel-, Ernährungs- und andere Hilfsleistungen für mehr als 650.000 Geflüchtete und Asylsuchende im Südsudan. Gleichzeitig benötigten mehr als 35.000 konfliktbetroffene Menschen in Akobo West im Bundesstaat Jonglei dringend humanitäre Unterstützung. Lokale Behörden hatten humanitären Organisationen bessere Zugangsmöglichkeiten zugesagt; daraus lässt sich jedoch noch kein dauerhaft sicherer und ungehinderter Zugang ableiten. Das OCHA-Update wurde am 17.08.2026 veröffentlicht und hatte den Berichtsstand 15.08.2026.

In Ezo in Western Equatoria verstärkten WHO, UNMISS und Partner zugleich die Vorsorge gegen eine mögliche Ausbreitung von Ebola aus der benachbarten Demokratischen Republik Kongo. Eine WHO-Mission reiste für zehn Tage in die Region, um die Einsatzbereitschaft zu bewerten, das Screening zu verbessern und Gesundheitskräfte zu unterstützen. Von drei wichtigen Grensrouten wurde zu diesem Zeitpunkt nur eine gesundheitlich überwacht. WHO stellte persönliche Schutzausrüstung und Materialien zur Probenentnahme bereit. In Ezo selbst war zum Zeitpunkt des Berichts kein Ebola-Fall bestätigt.

<https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-15-august-2026>

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/who-unmiss-and-partners-strengthen-ebola-preparedness-in-ezo>